

Rainer Kuhlen

Open Innovation: Teil einer nachhaltigen Wissensökonomie

Erschienen in: O. Drossou; S. Krempf; A. Poltermann (Hrsg.): **Die wundersame Wissensvermehrung. Wie Open Innovation unsere Welt revolutioniert.** Heise-Verlag 2006, 12-23



This document will be published under the following Creative-Commons-License:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/de/>

1 Zusammenfassung

Innovation bedeutet, eine Differenz zu Bestehendem zu machen. *Open Innovation* bezieht sich nicht nur auf den Unternehmensbereich, sondern auf alle sozialen Prozesse in der Gesellschaft. Wir setzen Innovation und Kreativität vor allem in Beziehung zu Wissen bzw. zu der Möglichkeit, freizügig zu den Wissen repräsentierenden Informationsprodukten zugreifen zu können. Dem besonderen Gutscharakter von Wissen und Information (nicht-rivalisierend und schwer ausschließbar) haben Politik und Wirtschaft in der Regel nur über Verknappungsstrategien Rechnung tragen können. Verknappungsstrategien aber sind kontra-produktiv für Innovation. *Open Innovation* versteht sich als Anpassung der in den Bereichen *Open/Free Software* und *Open Access* entwickelten Prinzipien der freien Nutzung von Wissensprodukten. *Open Innovation* ist keineswegs ein quasi anarchistischer Vorschlag, Verfügungs- und Anerkennungsrechte über Wissen bzw. über aus Wissen abgeleitete Informationsprodukte gänzlich auszusetzen. Allerdings stellt *Open Innovation* einige in der offiziellen Wirtschaft, in Politik und im Rechtssystem als unabdingbar gesichert geltende Prinzipien in Frage, vor allem deshalb, weil diese in gänzlich anderen medialen Umgebungen entstanden sind als sie sich heute in elektronischen Räumen entwickeln. Diese und die Kritik an ihnen werden am Ende zusammengestellt. *Open Innovation* hat das Potenzial für eine elektronischen Räumen angemessene allgemeine Wissensökonomie und ist keineswegs ein kurzfristig die Wirtschaft stimulierendes Verwertungskonzept.

1 To make a difference

Open Innovation hat Kreatives an sich und somit Gefährliches, Subversives. Dieses subversive Moment macht den Kern eines der bekanntesten *Science-Fiction*-Romane aus, Ray Bradbury's *Fahrenheit 451*: Dort muss der Feuerwehrmann Guy Montag Bücher und Bibliotheken zu Asche und dann noch die Asche verbrennen, weil es in dem totalitären System nicht erlaubt ist, durch Lesen von Büchern eine Differenz zu machen: „by reading to make a difference“.

Die Fähigkeit, eine Differenz machen zu können, wird als *grundlegend* für *Open Innovation* (im Folgenden *OI*) angesehen. Eine Differenz kann ich nur machen, wenn ich in der Lage bin, Informationen aufzunehmen, die das Bestehende in Frage stellen und die damit Neues, Differierendes entstehen lassen können. Neues entsteht nur durch Abgrenzung von Altem. *OI* entfaltet sein Potenzial erst dadurch, dass bestehendes Wissen und bestehende Strukturen (auch bestehende Machtverhältnisse) kreativ in Frage gestellt werden. Klassisch ist das in dem Schumpeter I schen Konzept der kreativen Zerstörung formuliert worden [Schumpeter 1911, 1993]. \exists konomisch bedeutet das, dass Innovationen nur dann möglich werden, wenn Produktionsmittel (oder Kapital), die bislang in bestehende Produkte oder Produktionsverfahren gebunden waren, durch deren „Zerstörung“ wieder frei werden und entsprechend neu verwendet werden können [Cortright 2001]..

Starker Schutz von Wissen und Information bzw. von auf Wissen und Information beruhenden Produkten ermöglicht deren kurzfristig Gewinn bringende Verwertung. Letzteres muss möglich sein, ersteres hindert Kreative, Potenziale für weitere Entwicklung auszuschöpfen, hindert sie, eine Differenz zum Bestehenden zu machen. *OI* unterstützt die These, dass Kreativität und Aneignung bestehenden Wissens unabdingbar zusammengehen. Kreativität ist in der Regel kein Schaffen aus dem Nichts, setzt auf Vorhandenem auf. Je *komplizierter* es ist - so die Konsequenz aus der These - auf bestehendes Wissen zuzugreifen bzw. je *restriktiver* es ist, dieses anzuwenden und im Prozess des „creative imagination“ [Lange 2003] zu modifizieren, desto geringer ist die Chance, dass sich ein kreativitäts- und damit innovationsförderndes Klima entwickelt.

1 Innovation, Invention – Wissen und Information

Innovationen sind also keine Schöpfungen aus dem Nichts, sondern werden entwickelt auf der Grundlage von bestehendem (altem oder neuem, *öffentlich* gemachtem) Wissen. Wir setzen *Wissen* in Beziehung zu *Innovation*, weil Wissen, anders als materielle Güter, sich nicht im Gebrauch verbraucht, so dass vorhandenes oder auch schon für die Herstellung von Produkten genutztes Wissen (sozusagen *alte* Inventionen) in neuen Konstellationen erneut innovationswirksam werden kann. Dieser besondere Gutscharakter [Boyle 2003; Hess/Ostrom 2001, 2003] hat

Konsequenzen für die Nachhaltigkeit von Wissen. So wie gegenwärtige Innovationen auf Wissen (Ideen) der Vergangenheit und Gegenwart beruhen, wir also von der geschenkten Freizügigkeit früherer Generationen Nutzen ziehen, so sollen entsprechend dem ethischen Postulat von intergenerationeller Gerechtigkeit zukünftige Generationen die Chance haben, Innovationen auch aus dem Wissen der Vergangenheit ableiten zu können. Daher ist *OI* zentrales Thema einer allgemeinen Wissensökonomie, d.h. einer Theorie (und Praxis) des nachhaltigen Umgangs mit Wissen und Information - in [Kuhlen 2004, Kap. 7] *Wissensökologie* genannt.

Dass heute nicht mehr, wie noch die frühen Innovationstheoretiker wie Schumpeter annahmen [Schumpeter 1911, 1993], wie selbstverständlich und jedem verfügbar, ein nicht abrei[°]ender Strom an neuen Ideen und neuem Wissen bereitsteht, um daraus Innovationen zu schöpfen, wird heute in der Regel entweder resignierend als ökonomische Realität akzeptiert oder sogar als Bedingung für Innovation begrü[°]t. Selbstverständlich und richtig scheint es geworden zu sein, dass Wissen und Information als Gegenstände fortschreitender Privatisierung und Kommerzialisierung im Verwertungsinteresse (sicher auch im Interesse des Schutzes der Urheber/Autoren) reglementiert und verknappt werden können (also nicht offen verfügbar sind). Reglementiert und verknappt werden sie mit rechtlicher Billigung (also durch die Gesetze zur Regelung des Umgangs mit „geistigem Eigentum“) und unterstützt durch informationstechnische Ma[°]nahmen wie *Digital Rights Management* (Becker et al. 2003). Nicht nur verknappt werden *können* sie, sondern – so das offizielle ökonomische [z.B. North 1990], aber auch politische Dogma – verknappt werden *müssen* sie, um Anreize für Innovationen zu schaffen. Entsprechend diesem *Dogma* schaffe nicht Freizügigkeit ein innovatives Klima, sondern der starke Schutz des „geistigen Eigentums“, und zwar unter der Annahme, dass

a)es eine positive Korrelation gibt zwischen der Höhe der intellektuellen Eigentumsrechte (IPR) und der Motivation, innovationsfördernde neue Ideen, Erfindungen, kreative Akte, kurz: neues Wissen zu produzieren bzw.

b)es eine positive Korrelation zwischen der Schutzhöhe für IPR und der Bereitschaft gibt, Investitionen als fixe Kosten aufzubringen, damit neues Wissen in solche Informationsprodukte umgesetzt werden kann, die entweder selber schon innovativ sind oder für Innovationen bei materialen Wirtschaftsobjekten erforderlich sind;

c)nur eine entsprechende Schutzhöhe, z.B. die Steuerung der Preispolitik, negative Effekte garantiere vermeiden können, die dadurch entstehen würden, wenn die entstandenen Produkte nicht vom Produzenten, sondern von Dritten genutzt würden. Gebe ich z.B. ein Stück Land an

einen anderen zur Nutzung, so kann ich es nicht mehr nutzen, also verlange ich Kompensation für diesen für mich negativen Faktor.

Die Krise des bisherigen Innovationsmodells ist dadurch entstanden, dass problematisch wird, ob der skizzierte Zusammenhang noch gültig ist, wenn die Wirtschaft es überwiegend mit Informations- und Wissensprodukten zu tun hat. Hier wird es durch die im elektronischen Medium beliebig leichte Vervielfältigung und Verteilung von Objekten, die, anders als Land oder Maschinen, elektronisch repräsentiert werden, für die Verfechter des sich bislang eher auf materielle Produkte beziehenden Modells komplizierter.

Bei diesen Objekten entstehen durch die Nutzung im Prinzip kaum negative externe Faktoren. Der auf den immateriellen Eigenschaften beruhende Wert wird nicht beeinträchtigt, wenn die darauf beruhenden Objekte von Dritten benutzt werden. Sie sind im Prinzip nicht-rivalisierend in der Nutzung, und es ist schwierig (oder nur mit hohem Transaktionsaufwand möglich), andere von der Nutzung auszuschließen.

1 Verknappung – Prinzip der *Informationsgesellschaft*

Reglementierung und Verknappung von Wissen und Information macht den grundlegenden Widerspruch im offiziellen Innovationsverständnis und damit im Produzieren von und Wirtschaften mit immateriellen Produkten aus. Verknappung scheint der Preis dafür zu sein, den wir für den *Erfolg* der Informationsgesellschaft zahlen sollen. Dass diese von Beginn an – seit den 60er Jahren, in denen Begriffe und Bezeichnungen wie *Informationsgesellschaft*, *Informationswirtschaft* oder *Informationsmärkte* formuliert wurden - überwiegend ökonomisch definiert wurde, war natürlich kein Naturgesetz, aber in einer auf Wachstum und immer neue Produkte angewiesenen Warenwirtschaft offenbar unvermeidbar. Wissen und Information werden nicht nur benötigt, um immer neue Industriegüter erstellen zu können, sondern werden selber die Grundlage für Informationsprodukte und -dienstleistungen.

Wissen und Information werden auf alle Produkte menschlicher Kreativität bezogen, also nicht nur auf Produkte der sogenannten Hochkultur oder der Wissenschaft, sondern auch auf Produkte der allgemeinen Publikumsmärkte wie der Unterhaltungsindustrie, auch wenn in diesem Beitrag in erster Linie der Zusammenhang zwischen Innovation und wissenschaftlicher Information diskutiert wird. Entsprechend sind Informationsprodukte z.B. die Bücher, die Zeitschriften, die

elektronischen Datenbanken und Websites und Server des Internet, aber immer mehr auch die Metainformationsformen, die, wie die Suchmaschinen und die intelligenten Suchagenten, erst den Zugriff auf die vorhandenen Repräsentationen von Wissen erlauben.

Mit Informationsprodukten wird in fortgeschrittenen Ländern ein großer, wenn nicht der größte Teil des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet. Deren Anteil ist deshalb so hoch, weil zu ihnen alle Formen zählen, in denen Wissen repräsentiert und zugriffsfähig gemacht wird. Dass Informationsprodukte der allgemeinen Publikumsmärkte (also z.B. der Musik- und Videoindustrie) kommerzialisierbar sind und umfassend kommerziell gehandelt werden, gilt als selbstverständlich und unvermeidbar. Auch wir stellen das nicht grundsätzlich in Frage – allerdings das Ausmaß ihrer Kommerzialisierung bzw. die Formen der Verknappung. Dass aber auch die Ökonomisierung von Wissen und Information in den Bereichen Wissenschaft und Bildung ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor der Gegenwart ist, zeigt das Beispiel von Elsevier. Reed Elsevier, das weltweit fünftgrößte und europaweit größte Medienunternehmen erzielte 2003 in dem Geschäftsfeld Science/Medical einen Umsatz von 2 Mrd. Euro und eine Gewinnspanne von 33,8%, in der gesamten Verlagsgruppe bei einem Umsatz von 7,14 Mrd. Euro einen Gewinn von 1,46 Mrd.

Dem *Erfolg* der Informationswirtschaft, der sich global organisierenden Informationsmärkte, ist das Verknappungsprinzip inhärent. Mit Informationsprodukten, so erneut die offizielle Lehre – kann nur Geld verdient werden, wenn diejenigen, die das betreffende Produkt nicht gekauft oder keine Nutzungsrechte an ihm erworben haben, von der Nutzung ausgeschlossen werden können. Dies liege im Interesse der Verbraucher, da der kurzfristige Nachteil durch Kosten für die Nutzung geschützter Informationsprodukte durch den langfristigen Vorteil eines kontinuierlichen Nachschubs an Inventionen und Innovationen mehr als kompensiert werde:

Verknappung war auch für Wissenschaft so lange akzeptabel, als Formen gefunden und finanziert werden konnten, die einerseits das kommerzielle Bedürfnis der Informationsanbieter befriedigten und andererseits den Erwartungen von Wissenschaftlern und Studierenden nach freiem Zugriff entsprachen. Dies geschah (und geschieht ansatzweise immer noch) durch die öffentlich finanzierten Bibliotheken, die als Akteure auf kommerziellen Informationsmärkten

Informationsprodukte kaufen (bzw. Lizenzrechte erwerben) und als Akteure offener Informationsmärkte freizügig Information ihren Kunden bereitstellen dürfen. Dieses System funktioniert im System der fortschreitenden Kommerzialisierung von Wissen und Information offensichtlich nicht mehr.

Faktisch erfahren Wissenschaftler und Studierende die Dysfunktionalität des Systems der Informationsversorgung auf Grund der sogenannten Bibliothekskrise – Bibliotheken können bei drastisch steigenden Erwerbungskosten und gleichzeitig nicht mehr ansteigenden Beschaffungsbudgets oft genug auch eine Minimalversorgung nicht mehr gewährleisten. Diese ist tatsächlich aber eher eine Publikations- bzw. Angebotskrise der Verlage, indem sich vor allem die großen international operierenden Zeitschriftenverlage immer weniger an den Bedürfnissen von Wissenschaft und Bildung orientieren als an den kommerziellen Erwartungen ihrer Stakeholder.

Politisch/rechtlich sollte dieses System der die Folgen der Verknappung bzw. Kommerzialisierung kompensierenden öffentlichen Informationsversorgung durch eine Änderung des Urheberrechts (UrhR) abgeschafft werden. In dem Vorschlag aus dem sogenannten Zweiten Korb der Urheberrechtsanpassung (in § 53 Abs. 2 Nr. 1 UrhG-Entwurf) war vorgesehen, dass die Bibliotheken den eingeführten Dienst der elektronischen Dokumentlieferung (subito) nicht mehr wahrnehmen dürfen, wenn der Markt (sprich die zunehmend global operierenden Verlage, vor allem Zeitschriftenverlage) selber ein entsprechendes Angebot bereitstellt - wobei „entsprechend“ nicht an den Preis für die Dokumentlieferung gebunden ist.

Mit *OI* soll die in Wirtschaft und Politik vorherrschende Selbstverständlichkeit einer Notwendigkeit der Verknappung von Wissen und Information in Frage gestellt werden. Radikale Verknappungsstrategien sind nicht nur kontra-produktiv für Wissenschaft und Bildung, sondern auch und gerade für die (zumindest nicht kurzfristigen) Interessen von Wirtschaft und Politik. So paradox es klingen mag – je freizügiger der Umgang mit Wissen und Information, desto höher der Innovationsgrad für die Wirtschaft – desto höher der Inventionsgrad der Wissenschaft sowieso, und desto höher der allgemeine Partizipations-/Transparenzgrad in Gesellschaft und Politik. Das ist zunächst nur eine Hypothese, deren Validität durch empirische Untersuchungen überprüft werden muss, wie z.B. in [Gruber/Henke 2004] für den

Zusammenhang von *Open source software* und *OI* oder [CIPR 2002] für Entwicklungspolitik.

OI soll also Kontrapunkte setzen und dazu beizutragen, Raum für neue Innovationsmodelle unter den Rahmenbedingungen elektronischer Umgebungen und der in ihnen möglich werdenden freien Formen des Umgangs mit Wissen und Information zum Nutzen der Wirtschaft und damit der Gesellschaft insgesamt zu schaffen. Entwickeln wir dazu im nächsten Abschnitt einen erweiterten Begriff von *OI*.

1 *Open Innovation*

Die Bezeichnung *Open Innovation* ist bei der Vorbereitung zu der diesem Sammelband zugrundeliegenden Konferenz spontan entstanden, wenn auch nicht original geprägt worden. *Open Innovation*, so wie der Begriff hier verstanden wird, steht in der Nähe zum *Free-Software*-Gedanken bzw. zum *Open-Access*-Konzept, die ja beide erst dadurch gesellschaftliche Sprengkraft (hier: Innovationspotenzial) gewonnen haben, dass die Nutzung der Werke (Software, Publikationen) offen im Sinne von *frei* sein muss [Gruber/Henkel 2004].

Wir gehen auf diese Richtungen, die das Verständnis von *open* und *free* in der Gegenwart entscheidend prägen, kurz ein. Anders ist *OI* nicht zu verstehen. Allerdings ist mit der Gleichsetzung von *open* und *free* keineswegs das Problem beseitigt, dass *free* nicht nur – um die französische Differenzierung aufzugreifen – *libre* bedeuten kann, sondern auch *gratuit*.

Gratuit ist keineswegs grundlegend für *Free Software*. *Free* wird im Sinne von *Free speech* verwendet. Freie Software kann durchaus mit Gebühren/Kosten verbunden sein. Hat man Software aber einmal (auf welchem Weg auch immer) in seiner Verfügung, so sind nach der von *Free Software* die vier Freiheiten/Rechte unabdingbar (ansonsten handelt es sich nicht um *Free Software*): das Recht, die Software zum Laufen zu bringen; das Recht, in den *Source code* Einsicht nehmen zu können (daher die Bezeichnung *Open source*); das Recht, Kopien von der Software zum Nutzen anderer herstellen zu dürfen; das Recht, die Software verbessern und (die Pflicht) diese unter den gleichen Freiheiten/Rechten wieder öffentlich zu machen (vgl. <http://www.gnu.org/philosophy/free-sw.html>).

Open access geht in der Interpretation von *free* noch einen Schritt weiter, andererseits auch wiederum einen Schritt zurück. Die Nutzung öffentlich gemachten Wissens, so das Grundprinzip, wie es zuerst in der Budapest Open Access Initiative (BOAI) formuliert wurde muss, darin abweichend von GNU GPL, für den Nutzer *kostenlos* sein. *Open access* vereinigt damit (mit Blick auf Wissenschaft) die (traditionelle) Einstellung von Wissenschaftlern, in der Regel für die Publikation ihres erstellten Wissens keine Einnahmen zu erwarten, mit den Möglichkeiten des Internet, dass die Distribution und Nutzung öffentlich gemachter Materialien tatsächlich für den Nutzer kostenlos sein kann: „free and unrestricted online availability“ (aus der BOAI-Erklärung - <http://www.soros.org/openaccess/read.shtml>).

Kostenlose Nutzung bedeutet natürlich nicht, dass der Prozess, der letztlich zu dieser führen soll, ohne Kosten geschehen kann. Unbestritten ist, dass, unabhängig von weitergehenden Gewinnansprüchen, die Kosten für die Produktion, Verteilung und Nutzung der das Wissen repräsentierenden Informationsprodukte von irgend jemand erbracht werden müssen. Dafür können sehr unterschiedliche Geschäfts- und Organisationsmodelle zur Anwendung kommen

a) Verfolgt man die Position einer gänzlichen und vollständigen Freigabe von öffentlich gemachtem Wissen, sind es nicht die Benutzer von Informationsprodukten, die dafür bezahlen müssen, dass die Investitionen in die Informationsprodukte finanzierbar bleiben, sondern entweder die Produzenten von Wissen selber oder die sie beschäftigenden und finanzierenden Institutionen. Da es in der Wissenschaft im Interesse der Urheber/Autoren ist, dass ihre Resultate zur Kenntnis genommen, referenziert und weiterentwickelt werden, macht es durchaus Sinn, dass nicht mehr die Nutzer zahlen, sondern die Autoren (bzw. ihre Institutionen und damit, zumindest in öffentlich finanzierter Wissenschaft, die Öffentlichkeit).

b) Setzt man auf die Privatisierungs- und Kommerzialisierungsstrategien, so werden die Kosten, die für die Produktion von Informationsprodukten entstehen, zusätzlich die Beträge, die von den privaten Produzenten als Gewinn erwartet werden, den Benutzern in der Regel direkt angelastet. Dieser Fall ist typisch für die allgemeinen Publikumsmärkte, in denen Informationsprodukte, z.B. in Form von Musik-CD, Musik-Online-Files oder entsprechenden Video-Produkten, von Individuen als Verbraucher direkt zu ihrer privaten Unterhaltung oder auch Weiterbildung genutzt werden. Sie kaufen also die Produkte direkt selber oder, zunehmend auf elektronischen Märkten, bezahlen die Lizenzierungsgebühren für die definierte Nutzung der Informationsprodukte.

Die Wissenschaft hat es bei einer prinzipiellen Nutzungs(gebühren)freiheit leichter als andere Bereiche, mit dem Problem des freien Kopierens umzugehen. Kopien zu erstellen, um anderen Leuten die Nutzung zu ermöglichen, wie es die GNU GPL (s. oben) als grundlegendes Recht einfordert, ist für *Open access* keine gewichtige Forderung, da doch jeder selbst kostenlosen Zugriff hat. Andererseits entfällt bei *Open access* in der Wissenschaft in der Regel das ansonsten bei GNU GPL fundamentale Recht auf Modifikation. Wissenschaftler sind in der Regel an der

Identität und Authentizität ihrer öffentlich gemachten Werke interessiert [vgl. Kuhlen/Brüning 2004]. Dies schließt natürlich nicht aus, dass auf der Grundlage dieser Werke und mit Referenzierung auf sie die dort vorhandenen Erkenntnisse modifiziert werden; aber das führt dann, wenn die Modifikation öffentlich gemacht, zu einem neuen Werk.

In einem ersten Zugriff können wir also die folgende Festlegung treffen: *OI* beruht auf der *freizügigen* (freien, nicht zwingend synonym mit *kostenlosen*) Verwendung bestehenden Wissens, um daraus neues Wissen als Grundlage neuer Produkte oder Produktionsverfahren zu entwickeln. Des Weiteren beziehen wir *Innovation* nicht nur, wie in der Wirtschaftswissenschaft im Gefolge von Schumpeter üblich [Schumpeter 1911, 1993], auf die Umsetzung von kreativen Ideen, von Erfindungen, in marktfähige Produkte und neue Produktionsverfahren beziehen, sondern

- a) allgemein auf (auch nicht kommerzielle) Organisationsmodelle (und damit auch auf Geschäftsmodelle) für den Umgang mit Wissen und Information und
- b) auf die Herausbildung neuer sozialer und politischer Strukturen, die wiederum selbstverständlich Auswirkungen auf das Geschehen in der Wirtschaft haben,

Innovationen sind also nicht allein unter dem Gesichtspunkt der direkten wirtschaftlichen Verwertung und des wirtschaftlichen Fortschritts zu bewerten, sondern auch danach, inwieweit sie den Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Inklusivität und (intergenerationeller) Gerechtigkeit entsprechen. Innovation ist nicht nur auf den Unternehmensbereich zu beziehen, sondern auch auf neue soziale Organisationsformen und -ziele, z.B. der Friedenssicherung, der Überwindung von *Digital divides* oder der politischen, Demokratie fördernden Mitbestimmung und Transparenz. Wir weisen nur auf die notwendige Erweiterung des Innovationsverständnisses hin, können dies aber hier nicht weiter ausführen.

1 Umsteuern im IPR-Regime

Aus den Ausführungen folgt, dass *OI* massiv behindert wird, wenn die seit gut 10 Jahren bestehende internationale Tendenz sich weiter fortsetzt, die Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums im Sinne eines Handelsrechts und durch intensiviertere Schutzvorschriften weiterzuentwickeln, oder wenn diese nur in der jetzigen Form bestehen bleiben. Erforderlich – auch in globaler Perspektive [IPR 2002] - ist ein grundlegendes Umsteuern bei den jetzigen auf exklusive (proprietäre) Verwertung

abzielenden Regelungen für intellektuelle Werke zugunsten der Prinzipien von Freizügigkeit, Transparenz, Nachhaltigkeit, intergenerationaler Gerechtigkeit, Kollaboration und Teilen beim Umgang mit Wissen und Information.

Intellectual property ist in sich ein innovationsfeindlicher Begriff, denn der Begriff des *property*, des Eigentums, über das man verfügen darf (es sei denn wirklich gravierende öffentliche Interessen können Anlass sein, persönlichen Besitz und persönliches Eigentum zu enteignen), ist keinesfalls auf immaterielle Gegenstände wie Ideen, Erfindungen, allgemein: Wissen anzuwenden. Nicht zuletzt bis auf Thomas Jefferson geht das utilitaristische Verständnis des IP zurück, dass immer sehr sorgfältig geprüft werden muss, ob und inwieweit es noch im öffentlichen Interesse liegt, dass exklusive Besitzansprüche bzw. Verwertungsinteressen zugestanden werden: „exclusive right to invention as given not of natural right, but for the benefit of society“ - Thomas Jefferson an Isaac McPherson (Monticello, 13.8.1813).

Daher waren IP-Rechte immer zeitlich und bezüglich der Bedingungen an die Qualität des zu Schützenden eingeschränkt. In der Gegenwart dehnen sich die Schutzfristen allerdings immer mehr aus (in den USA auf 90 Jahre) – eine absurde Entwicklung angesichts der Tatsache, dass nicht zuletzt wegen der Informatisierungseffekte der Umsatz an Wissen immer schneller erfolgt.

Nicht verstärkte Verknappung sollte Prinzip von Innovation sein, sondern größere Freizügigkeit. Die Nutzung einer Idee vermindert nicht die Idee desjenigen, der sie in die Welt gesetzt oder der daraus ein Informationsprodukt gemacht hat, sondern bewirkt im Gegenteil positive Effekte. Es bleibt die Herausforderung, dass die grundsätzlich positiven Innovationseffekte in Rechnung gestellt werden müssen zu den Nachteilen, die dann entstehen, wenn die erwünschten und gesellschaftlich akzeptierten Formen der Anerkennung reputativer oder monetärer Art nicht realisiert werden können.

1 Schluss

Open Innovation ist keineswegs ein quasi anarchistischer Vorschlag, Verfügungs- und Anerkennungsrechte über Wissen bzw. über aus Wissen abgeleitete Informationsprodukte gänzlich auszusetzen. Allerdings stellt *OI* einige in der offiziellen Wirtschaft, in Politik und im Rechtssystem als unabdingbar gesichert

geltende Prinzipien in Frage, vor allem deshalb, weil diese in gänzlich anderen medialen Umgebungen entstanden sind als sie sich heute in elektronischen Räumen entwickeln. Wir verfolgen damit keineswegs einen medialen Determinismus, sehen aber einen starken Zusammenhang zwischen den medialen Rahmenbedingungen und dem normativen Verhalten, das sich letztlich in allgemeinen (durchaus auch ethischen) Prinzipien und rechtlichen Regulierungen niederschlägt [Kuhlen 2004]. Zu diesen von *Ol kritisierten* Prinzipien gehört:

- a) die bedingungslose Übertragung des die bürgerliche Gesellschaft bestimmenden Begriffs des Eigentums auf Objekte von Wissen und Information und damit die Orientierung des Gesetzgebers an der Sicherung von (immer mehr ausgedehnten) Monopol-/Exklusivrechten
- b) die Gültigkeit der im sogenannten Drei-Stufen-Test (des Urheberrechts/Copyrights) verankerten Präferenz der privaten kommerziellen Verwertung von Wissen und Information gegenüber dem öffentlichen Interesse an freizügiger Nutzung
- c) die Übertragung der Gültigkeit der *Tragedy-of-the-commons*-These [Hardin 1968], nach der öffentliche Güter (*commons*) vor Übernutzung und damit Vernichtung nur durch staatlichen Eingriff oder durch Privatisierung geschützt werden können, auf die *commons* Wissen und Information
- d) die Vorstellung, dass (im Sinne einer *homo-oeconomicus*-Behauptung) monetäre Anreize die primäre Motivation für Kreativität und damit auch für Innovation seien
- e) der Anspruch an Universalität der Sicherung von Rechten an Wissen und Information, unbeschadet realer Kontingenzfaktoren, wie regionale/kulturelle Besonderheiten, Entwicklungsstand einer Gesellschaft und Wirtschaft, Unterschiede in Objektbereichen (wie z.B. Wissenschaft, Bildung, Unterhaltungsindustrie,...)

Daraus folgt als Forderungen bzw. Grundannahmen von Open Innovation bzw. einer nachhaltigen Wissensökonomie:

- a) die Rücknahme des Ausmaßes der Monopol-/Exklusivrechte für Wissen und Information, z.B. durch drastische Kürzung der Schutzfristen und der Überprüfung der Angemessenheit von Objektbereichen für solche Rechte
- b) die Präferenz der Entwicklung (im Sinne der aktuellen *Development agenda* der WIPO) gegenüber dem Prinzip der Verknappung und damit eine Umkehrung des Drei-Stufen-Tests zugunsten öffentlicher Freizügigkeit des Umgangs mit Wissen und Information, verbunden mit der Notwendigkeit, die Ausnahme der und die Berechtigung der kommerziellen Verwertung jeweils explizit zu begründen [vgl. Kuhlen/Brüning 2004]
- c) die Anerkennung des besonderen Gutscharakters von Wissen und Information als nicht rivalisierende und im Prinzip nicht ausschließbare Güter, mit der Forderung, daraus auch für die Wirtschaft brauchbare Organisations- und Geschäftsmodelle abzuleiten (wie sie sich gegenwärtig z.B. durch *Open/Free-Software*, aber durch *Open-Access*-Modelle im Publikationsbereich abzeichnen)
- d) die Förderung der Sicherung reputativer Anerkennung der Urheber von Wissen und Information, auch in kollaborativen Prozessen, die dann indirekt auch zu Formen monetärer Anerkennung führen können
- e) die explizite, nicht allein über Schrankenregelungen zu erfolgende Auftrennung der rechtlichen Regelungen für Wissen und Information - nach dem Ausmaß des öffentlichen Interesses an Freizügigkeit bzw. nach der Berechtigung der direkten kommerziellen Verwertung

Das alles ist bislang eher noch ein postuliertes und keineswegs vollständiges Programm als ein ausreichend begründetes und empirisch bestätigtes

Theoriegebäude. Dahinter steht allerdings die Überzeugung, dass nur ein radikales Umdenken (dem ein schrittweise Umsteuern folgen muss) der bislang geltenden Annahmen der Funktion von Wissen und Information Innovationen in allen Bereichen der Gesellschaft, nicht nur der Wirtschaft, ermöglichen kann. Daher ist *Open Innovation* zentrales Konzept einer neuen, elektronischen Räume angemessenen allgemeinen Gesellschaftstheorie, keineswegs ein kurzfristig die Wirtschaft stimulierendes Verwertungskonzept.

1 Referenzen

- [Boyle 2003] J. Boyle: The second enclosure movement and the construction of the public domain. In: *Law and Contemporary Problems* 66, 1 & 2, 2003, 33-74 (zuerst in den Proceedings der Conference on the Public Domain, Nov. 9-11, 2001, Duke Law School) - [download: <http://www.law.duke.edu/journals/lcp/downloads/LCP66DWinterSpring2003P33.pdf>]
- [CIPR 2002] Commission on Intellectual Property Rights: Integrating intellectual property rights and development policy. Report of the Commission on Intellectual Property Rights. London September 2002
- [Cortright 2001] J. Cortright: New growth theory, technology and learning: A practitioner's guide. *Reviews of Economic Development Literature and Practice*: No. 4, 2001 [download: <http://www.impresiconsulting.com/ngt.htm>]
- [Gruber/Henke 2004] M. Gruber/J. Henkel: New ventures based on open innovation – an empirical analysis of start-up firms in embedded Linux. July 2004 - [download: <http://opensource.mit.edu/papers/gruberhenkel.pdf>]
- [Hardin 1968] G. Hardin: The tragedy of the commons. *Science* 162, 1968, 1243-1248
- [Hess/Ostrom 2001, 2003] C. Hess; E. Ostrom: Ideas, artifacts, and facilities: Information as a common-pool resource - [download: <http://www.law.duke.edu/journals/lcp/articles/lcp66dWinterSpring2003p111.htm>]. Zuerst vorgetragen auf der *Conference on the Public Domain*. Duke Law School, Durham, North Carolina, November 9-11, 2001, 44-79
- [Kuhlen 2004] R. Kuhlen: Informationsethik - Formen des Umgangs mit Wissen und Information. Reihe UTB - Universitätsverlag Konstanz (UVK):UTB2454
- [Kuhlen/Brüning 2004] R. Kuhlen; J. Brüning: *Creative Commons* (CC) – für informationelle Selbstbestimmung, gegen den Trend des Urheberrechts/*Copyright* als Handelsrecht; oder: Chancen für einen innovativen Drei-Stufen-Test? In: *Information - Wissenschaft & Praxis* (IWP / nfd) 8/2004, 449 – 454 [download unter CC: http://www.inf-wiss.uni-konstanz.de/People/RK/Publikationen2004/CC_fuer_IWP-rk+jb2291004_final.pdf]
- [Lange 2003] D. Lange: Reimagining the Public Domain. *Law & Contemporary Problems* 66, Winter/Spring 2003, 463-483 [download: <http://www.law.duke.edu/journals/66LCPLange>]
- [North 1990] D.C. North: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge University Press: Cambridge 1990
- [Schumpeter 1911, 1993] J.A. Schumpeter: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerrisiko, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. München 1911, 2., neubearb. Aufl. 1926, 8. Aufl. 1993